

V-1-061-3: Es braucht einen Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik - für ein faires und gemeinwohlorientiertes Miet- und Baurecht!

Antragsteller*innen Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne
Jugend Berlin)

Antragstext

Von Zeile 60 bis 61 einfügen:

mindestens 50 Jahren vereinbaren – auch bei vorzeitiger Ablösung der Darlehen durch die Eigentümer*innen.

Für eine sozial verträgliche, klimafreundliche Gebäudesanierung

In Zeiten der Klimakrise ist zudem auch wichtig, die Gebäudesanierung und Energieeffizienz in der Stadt zügig voranzutreiben. In Berlin ist der Sanierungsbedarf in Bestandsbauten groß, allerdings bestehen oft Interessenkonflikte zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen, bei denen die Kosten der Gebäudesanierung unverhältnismäßig auf den Mieter*innen umgewälzt werden. Für uns ist klar, es braucht eine schnelle, soziale und transparente Sanierungsoffensive, um Mieter*innen konsequent davor zu schützen.

Anfangs als Anreiz für Energetische Sanierung geplant, führt die Modernisierungsumlage heute vor allem dazu, dass die Miete steigt. Damit sind aktuelle Maßnahmen oft nicht sozial verträglich. Zudem ist das Anreizsystem nicht so angelegt, dass möglichst sinnvoll, ökologisch und nachhaltig saniert wird, sondern möglichst teuer. In den vergangenen Jahren wurden Mieter*innen so gegen energetische Modernisierungen aufgebracht. Wir treten für ein Recht auf lebenswertes Wohnen in bezahlbaren und gut sanierten Wohnungen ein. Daher stehen wir hinter der Forderung die Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und endlich nach dem Drittelmodell vorzugehen.

Wir setzen uns auch für diejenigen Massnahmen in dem Gebäudeenergiegesetz und der Bundesförderung für effiziente Gebäude ein, die langfristig auch niedrigere Energiekosten für die Mieter*innen ermöglichen werden. In diesem Rahmen betrachten wir jedoch die aktuell angespannte Debatte um den Haushalt für 2024 mit Sorge und die durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts fehlenden 60 Milliarden € im Topf des

Klimaschutztransformationsfonds der u.a. die Bezuschussung solcher Massnahmen bezahlen sollte. Die Fördergelder dürfen unter keinen Umständen gestrichen werden und sind notwendig für eine sozial gerechte Wärmewende im Wohnungssektor. Wir betonen die Wichtigkeit der Beibehaltung dieser Fördermittel bei jeglichen Verhandlungen um den nächsten Bundeshaushalt.

Begründung

Uns im KV Treptow-Köpenick fehlte noch eine explizite Erwähnung der Gebäudesanierung, die ja im Rahmen von Klimaschutz und der sozialen Wärmewende wichtig zu erwähnen ist. Bitte gerne prüfen und falls fachliche Mängel vorliegen aufgrund der kurzfristigen Bekanntmachung dieses LA Antrags bitten wir auch gerne um eine modifizierte Übernahme.

Unterstützer*innen

Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Talip Törün (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Marlene Komitsch (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Vivien Josefine Kolb (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Leonie Wingerath (LV Grüne Jugend Berlin)